



beraten.
bilden.
forschen.

Analyse

Fakten-Service der Arbeitskammer des Saarlandes
arbeitskammer.de Nummer 6|2020

AUSBILDUNGSMARKT IN DER CORONA-KRISE |

Ausbildungskrise verhindern - berufliche Zukunft sicherstellen

Angesichts des wirtschaftlichen Einbruchs befürchtet die AK am Ende des Ausbildungsjahres für das Saarland einen deutlichen Rückgang bei den neu abgeschlossenen Verträgen. Die pandemiebedingte Krise darf sich aber weder für die berufliche Zukunft junger Menschen noch für den Fachkräftebedarf zu einer Krise entwickeln, sonst führt die ohnehin schon bestehende soziale Ungleichheit auf dem Ausbildungsmarkt zu weiteren sozialen Verwerfungen.

• Von Roman Lutz

Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Folgen bestimmen nach wie vor das gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Leben in Deutschland und weltweit. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise sind dabei im Einzelnen noch nicht absehbar. Viele Unternehmen in Handwerk, Handel und Industrie, im Gastgewerbe und in vielen anderen Branchen verzeichnen Umsatz- und Gewinnrückgänge, kämpfen um ihre Existenz und blicken mit großer Sorge in ihre Zukunft. Angesichts dieser Entwicklung ist davon auszugehen, dass sich die Krise auch massiv auf den Ausbildungsmarkt auswirken wird und es für junge Menschen schwierig werden dürfte, eine Ausbildung zu beginnen oder abzuschließen. Schon jetzt wird der Ausbildungsmarkt von der Krise stark belastet: Berufsschulen wurden geschlossen, Prüfungen verschoben, Ausbildung erfolgte vielfach im Homeoffice, Bewerbungsgespräche konnten nicht stattfinden, Ausbildungsmessen und Betriebspraktika fielen flach und Hygieneregeln erschweren die praktische Anleitung. Die pandemiebedingte Krise darf aber weder für die berufliche Zukunft junger Menschen noch für den Fachkräfte-



Foto: Adobe Stock/auremar

Bereits im vergangenen Jahr war nur noch jedes fünfte Unternehmen im Saarland ein Ausbildungsbetrieb. In unserer Video-Blog-Reihe haben wir einen Vlog zum Thema duale Ausbildung gedreht. Anschauen können Interessierte das Video auf www.youtube.com/watch?v=QAoqJEsCDJ4&feature=youtu.be.

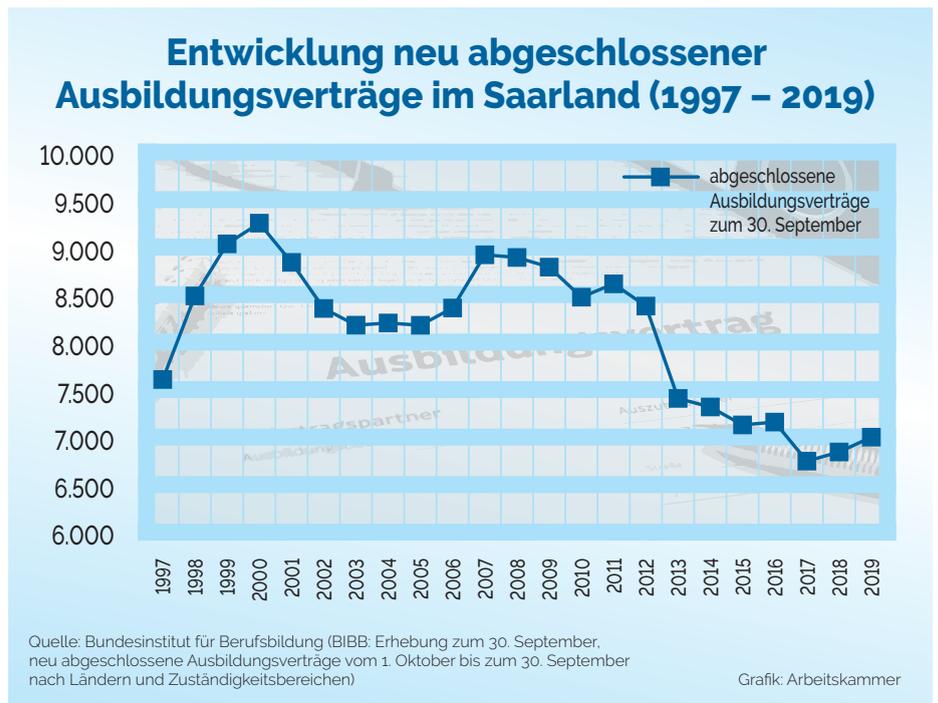
bedarf zu einer Krise führen. Denn die Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen und diese fehlen in vielen Bereichen schon heute. Genau diese Fachkräfte werden die Unternehmen aber bei einer wirtschaftlichen Erholung dringend benötigen. Derzeit allerdings sind viele Unternehmen noch damit beschäftigt, ihre Existenz zu sichern und reagieren bei der Besetzung ihrer Ausbildungsstellen verhalten. Viele haben ihre Entscheidungen zur Ausbildung bislang erst einmal vertagt oder sind eher zu-

rückhaltend. Nach Einschätzung des Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) stecken die Unternehmen in einer Art „Warteschleife“ und hoffen auf eine wirtschaftliche Erholung im zweiten Halbjahr. Viele Betriebe hielten deshalb an ihrer Ausbildungsbereitschaft fest, so das BIBB. Eine Einschätzung, die im Saarland sowohl von den beiden großen Kammern, als auch von der Bundesagentur für Arbeit geteilt wird. Allerdings wollen einer bundesweiten Umfrage des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) zufolge nur noch 45 Prozent der Betriebe ihre Ausbildungsleistung halten beziehungsweise erhöhen, ein Viertel der Betriebe aber will sich wegen der Pandemie auch aus der Ausbildung zurückziehen. Angesichts des wirtschaftlichen Einbruchs befürchtet die Arbeitskammer am Ende des Ausbildungsjahres für das Saarland einen deutlichen Rückgang der neu abgeschlossenen Verträge. Die Industrie- und Handelskammer rechnet in ihrem Zuständigkeitsbereich zum jetzigen Zeitpunkt mit einem Minus von acht bis

AK-Kernforderungen

1. Die Corona-Krise darf sich nicht zu einer Ausbildungskrise ausweiten. Die am Ausbildungsgeschehen Beteiligten müssen alles tun, um die Ausbildung in und nach der Pandemie sicherzustellen.
2. Digitale Angebote, die beim Übergang von der Schule ins Arbeitsleben Orientierung bieten, müssen stärker ausgebaut werden.

zehn Prozent. Die Unsicherheit und Zurückhaltung vieler Unternehmen bei der Ausbildung lässt sich an der rückläufigen Zahl der von ihnen gemeldeten Ausbildungsstellen ersehen. Seit Beginn des Berichtsjahres im Oktober 2019 haben die saarländischen Unternehmen der Bundesagentur für Arbeit 5.700 Ausbildungsstellen gemeldet. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 13,9 Prozent (900 Stellen). Im gleichen Zeitraum ist aber auch die Zahl der Jugendlichen, die sich bei der Agentur für Arbeit oder eines der Jobcenter für einen Ausbildungsplatz gemeldet haben, rückläufig gewesen. Mit 4.000 gemeldeten Jugendlichen gab es gegenüber dem Vorjahreswert ein Minus von 4,1 Prozent oder 200 Jugendlichen. Besonders schwierig ist die Lage aktuell im Hotel- und Gaststättenbereich, im Tourismus, im Einzelhandel, bei den Friseuren oder in der Veranstaltungs- und Kreativbranche. Normalerweise schließen die Unternehmen neue Ausbildungsverträge bereits im Frühjahr ab. Während dies bei großen Unternehmen in der Regel auch so ist, kommt vor allem bei kleineren Unternehmen ein Vertragsabschluss vielfach erst zu einem späteren Zeitpunkt zu Stande. Allerdings sind Bewerbungsgespräche in den Unternehmen in diesem Jahr vielfach ins Stocken geraten und fanden vor allem in der Phase des Lockdowns nicht statt. Bedingt dadurch hinkt man nach Einschätzung von Experten rund zehn Wochen hinter den anderen Jahren hinterher. Üblicherweise beginnt das neue Ausbildungsjahr entweder am 1. August oder zum 1. September. Grundsätzlich ist aber auch ein späterer Ausbildungsbeginn denkbar. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung vieler Unternehmen wäre in diesem Jahr erwägenswert, den Ausbildungsbeginn auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Endgültige Aussagen zu den Auswirkungen der Pandemie auf das Ausbildungsgeschehen werden aber erst in den kommenden Monaten möglich sein. Bislang jedenfalls sind bei den Kammern noch zahlreiche Ausbildungsstellen offen, so dass sich Ausbildungsinteressierte zum jetzigen Zeitpunkt durchaus noch um einen Ausbildungsplatz bewerben können. Da für den Herbst dieses Jahres mit vermehrten Betriebsinsolvenzen gerechnet werden muss, könnte für manch einen Jugendlichen hier ein Problem entstehen. Sie sind dann nämlich darauf angewiesen, einen anderen Ausbildungsbetrieb zu finden, was angesichts der dann unter Um-



ständen bestehenden allgemeinen wirtschaftlichen Situation schwierig sein dürfte.

Sollte es im Unternehmen zu einer teilweisen beziehungsweise vollständigen Betriebsschließung oder zu Kurzarbeit kommen, gilt für die Ausbildung Folgendes: Zunächst muss der Ausbildungsbetrieb unter allen Umständen versuchen, die Ausbildung aufrechtzuerhalten. Sofern auch nur in einem Teilbereich der Betrieb noch weiterläuft, muss die Ausbildung in diesen Bereich verlagert oder eine Rückversetzung in eine eventuell bestehende Ausbildungswerkstatt durchgeführt werden. Gegebenenfalls muss auch der Ausbildungsinhalte umgestellt werden. In Betracht kommen kann aber auch eine Teilzeitausbildung, das heißt eine Reduzierung auf bis zu 50 Prozent der täglichen/wöchentlichen Ausbildungszeit gemäß § 7a BBiG.

Finden im Unternehmen gar keine betrieblichen Aktivitäten mehr statt, können ausbildungsrelevante Aufgaben oder Projekte für die Erarbeitung zu Hause entwickelt werden. In diesem Fall („Homeoffice“) muss jedoch eine ausreichende Betreuung der Auszubildenden (virtuell oder telefonisch) sichergestellt sein. Hierzu können auch Lernmanagementsysteme oder Lernplattformen wie zum Beispiel „MLS - Mobile Learning in Smart Factories“ genutzt werden. Darüber hinaus kann auch zusätzliche Lernzeit für die Berufsschule vorgesehen werden. Zu beachten ist allerdings, dass auch Ausbilder möglichst lange im laufenden Betrieb gehalten werden müssen. Sie

dürfen erst dann in Kurzarbeit gehen, wenn keine Alternative mehr besteht. Erst wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, kann auch für Auszubildende Kurzarbeit vereinbart werden. Dies gilt aber nur, wenn die Unterbrechung der Ausbildung unvermeidbar ist. In diesem Fall haben Auszubildende gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2a BBiG jedoch zunächst einen sechswöchigen Anspruch auf Fortzahlung ihrer Vergütung.

Probleme auf dem Ausbildungsmarkt gibt es nicht erst seit Corona

Dass es auf dem Lehrstellenmarkt auch ohne Corona schon Probleme gab und es für viele Jugendliche schwierig war und noch immer ist, einen Ausbildungsplatz zu finden, ist hinlänglich bekannt. Dies belegen sowohl der Berufsbildungsbericht, den die Bundesregierung jährlich vorlegt, als auch die von der Arbeitskammer jährlich verfassten Berichte an die Regierung des Saarlandes. Beide geben über die Situation auf dem Lehrstellenmarkt Auskunft. Und danach war im vergangenen Jahr im Saarland nur noch gut jedes fünfte Unternehmen ein Ausbildungsbetrieb. Dabei ist eine gute Ausbildung nach wie vor eine zentrale Voraussetzung nicht nur für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, sondern auch für gute Arbeit und die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen. Beim Thema Ausbildung geht es nicht nur um die Betriebe und ihren Fachkräftebedarf, sondern auch um eine verlässliche berufliche Zukunftsperspektive

für junge Menschen. Diese aber fehlt einem Teil der Jugendlichen schon seit längerem, da es für sie seit Jahren schwierig ist, eine passende Ausbildungsstelle zu finden. Während sich Abiturienten in der Vergangenheit ihren Ausbildungsbetrieb in aller Regel aussuchen konnten, blieb Jugendlichen mit einem Hauptschulabschluss die Hälfte der Ausbildungsberufe faktisch verschlossen. Das bestätigt auch ein Blick auf erste Zahlen aus dem Berufsbildungsbericht 2020. Danach schafft nur knapp jeder zweite Hauptschüler nach der Schule direkt den Sprung in eine Ausbildung, jeder dritte Hauptschüler bleibt gar dauerhaft ohne Berufsabschluss. Im Saarland fanden bereits im vergangenen Jahr knapp 3.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz, und die Quote derer, die ohne einen Berufsabschluss blieben, war bei jungen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren im Saarland mit 19,6 Prozent am höchsten. Es sind vor allem Jugendliche ohne einen Hauptschulabschluss, welche sich in hohem Maße in dem wenig attraktiven und Perspektiven bildenden Übergangssystem wiederfinden. Die Arbeitskammer ermittelte auf Basis der integrierten Ausbildungsberichterstattung des Statistischen Bundesamtes für 2019 bei den Neuzugängen ins Übergangssystem im Saarland mit 3.823 Jugendlichen einen leichten Anstieg von 0,9 Prozent (276 Jugendliche) auf 34,6 Prozent. Ausbildungslose Jugendliche fühlen sich aber oftmals von der Gesellschaft vernachlässigt und ausgegrenzt, was zu einer gesellschafts- und demokratiefeindlichen Einstellung führen kann. In der aktuellen Krise droht sich die bestehende soziale Ungleichheit auf dem Ausbildungsmarkt weiter zu verschärfen. Sollte es den am Ausbildungsmarkt Verantwortlichen nicht gelingen, einen wie auch immer gearteten Einbruch auf dem Ausbildungsmarkt zu verhindern, dürften die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft weiter zunehmen. Berufsorientierungsmaßnahmen, Ausbildungsbörsen sowie Betriebspraktika waren und sind für Jugendliche und Ausbildungsbetriebe wichtige Instrumentarien beim Übergang von der Schule ins Arbeitsleben beziehungsweise der Rekrutierung von Auszubildenden. All dies war aufgrund der pandemiebedingten Schul- und Unternehmensschließungen zuletzt nicht mehr möglich. Alternativ dazu bot sich eine verstärkte Nutzung bestehender digitaler Angebote der Kammern und der Agentur für Arbeit an. Diese Angebote gilt es noch weiter auszubauen.

Viele Schulabgänger waren oder sind hinsichtlich ihrer beruflichen Zukunftspläne aufgrund der aktuell schwierigen Lage sowie der verspäteten Abschlussprüfungen an den allgemeinbildenden Schulen verunsichert. Das hatte zur Folge, dass sich viele Schulabgänger weniger oder verspätet mit ihrer weiteren beruflichen Zukunft beschäftigen haben oder sich die Frage stellen, ob sie in der gegenwärtigen Situation überhaupt einen Ausbildungsplatz finden werden. Viele Jugendliche entschieden sich daher erst einmal für einen weiteren Schulbesuch an einer Fachschule beziehungsweise Fachoberschule anstatt sich um einen Ausbildungsplatz zu bemühen.

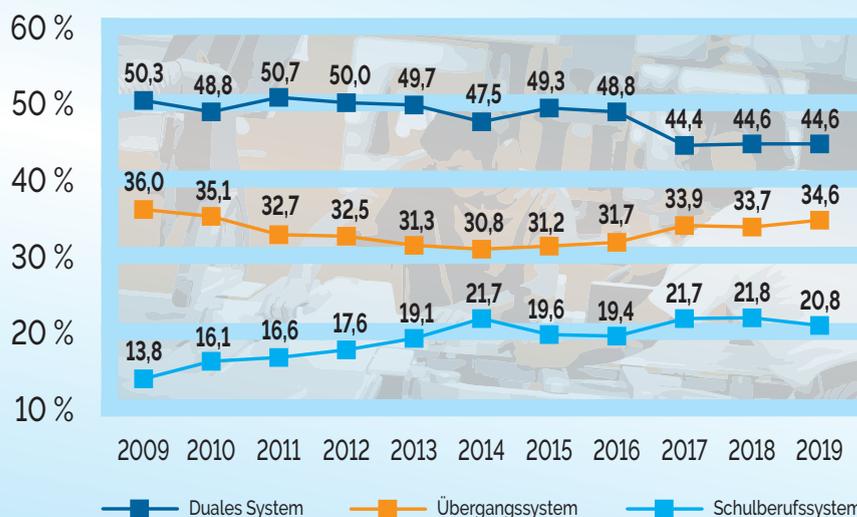
Die Corona-Krise darf nicht zur Ausbildungskrise werden

Damit die Corona-Krise nicht zu einer Ausbildungskrise wird und die Ausbildungsbilanz am Ende nicht all zu negativ ausfällt, muss seitens der am Ausbildungsgeschehen Beteiligten alles getan werden, um die Ausbildung in und nach der Corona-Krise sicherzustellen. Nur so haben junge Menschen auch eine berufliche Zukunftsperspektive. Aus Sorge vor einem Einbruch auf dem Ausbildungsmarkt haben sowohl die Bundesregierung als auch Bund, Länder und die Sozialpartner frühzeitig konkrete Maßnahmen für die Absicherung des Ausbildungsmarktes beschlossen. Ziel all der Maßnahmen ist es, Ausbildungsplätze zu sichern und die Ausbildungsbemühungen der Unternehmen zu unterstützen.

Die Bundesregierung hat hierzu Anfang Juni im Rahmen ihres Konjunkturpaketes und mit einem Volumen von 500 Millionen Euro das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ beschlossen. Die Eckpunkte des Programms, die allerdings nur für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) gelten, sind:

- **Ausbildungsprämie bei Erhalt des Ausbildungsniveaus:** Für jeden neu abgeschlossenen Vertrag kann ein Unternehmen eine Prämie in Höhe von 2.000 Euro erhalten, wenn es mit großen Umsatzeinbrüchen und Kurzarbeit zu kämpfen hat und das Ausbildungengagement im Schnitt der vergangenen drei Jahre liegt;
- **Ausbildungsprämie bei Erhalt des Ausbildungsniveaus:** 3.000 Euro erhalten jene Betriebe, die jetzt mehr ausbilden als im Schnitt der vergangenen drei Jahre;
- **Förderung bei Vermeidung von Kurzarbeit während der Ausbildung:** Diese Förderung erhalten Betriebe, die stark von Kurzarbeit betroffen sind und ihre Ausbildungsaktivität trotzdem fortsetzen und ihre Ausbilder und Auszubildenden nicht in Kurzarbeit bringen;
- **Förderung von Auftrags- und Verbundausbildung:** Förderung können auch jene Betriebe erhalten, die im Verbund ausbilden oder einen Auftrag an eine überbetriebliche Bildungsstätte oder einen Dienstleister vergeben;
- **Übernahmepremie:** Übernimmt ein Betrieb Auszubildende aus insolventen Firmen und bildet diese weiter

Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems (2009 – 2019)



Quelle: Statistisches Bundesamt, integrierte Ausbildungsberichterstattung, eigene Berechnungen, März 2020. Grafik: Arbeitskammer



Jugendliche und Betriebe sollen mit mehr digitalen Formaten gezielter beraten werden. Darauf haben sich die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung bereits Ende Mai verständigt.

aus, erhält er eine Prämie von 3.000 Euro.

Die Anreize kommen gerade noch rechtzeitig vor dem Start des neuen Ausbildungsjahres und können mit dazu beitragen, den coronabedingten Einbruch auf dem Ausbildungsmarkt abzumildern. Die Anreize können dazu beitragen, dass vor allem die kleineren Betriebe letztlich doch noch ausbilden. Aus Sicht der Arbeitskammer wäre es aber wünschenswert gewesen, ihm Rahmen des Programms die Regelung der Kriterien weitergehender zu gestalten. Denn mit den jetzt gegebenen Beschränkung auf KMUs werden viele Ausbildungsbetriebe ausgeschlossen, die von der Krise ebenfalls stark betroffen sind.

Bereits Ende Mai hatten die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung erste Maßnahmen vereinbart. Sie verständigten sich darauf, dass

- wie jetzt im Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ beschlossen, Firmen, die Auszubildende aus Insolvenzbetrieben übernehmen, zeitlich befristet eine Übernahmeprämie erhalten können,
- Betriebe zur Stabilisierung des Ausbildungsjahres 2020/21 die Vorteile der Verbundausbildung und der Auftragsausbildung stärker nutzen können,
- Jugendliche und Betriebe im kommenden Ausbildungsjahr mit mehr

digitalen Formaten noch gezielter beraten und vermittelt werden sollen.

Hierzulande unterzeichneten Anfang Juni die Partner des „Zukunftsbündnisses Fachkräfte Saar“ eine gemeinsame Erklärung. In dieser appellieren sie an die Saar-Unternehmen, ihr Ausbildungsangebote aufrechtzuerhalten und sicherzustellen, dass Ausbildungsverträge auch noch nach Beginn des Ausbildungsjahres geschlossen werden können.

In der Erklärung weist das Ministerium für Bildung und Kultur darüber hinaus darauf hin, dass für Jugendliche, die ihre Ausbildungsvorbereitung schärfen möchten oder keinen passenden Ausbildungsplatz finden, die Vollzeitschulen der Berufsbildungszentren eine gute Alternative darstellen. Ob dies aber auch für diejenigen Jugendlichen gilt, die ihre Berufsschulpflicht bereits erfüllt haben, ist fraglich. Gerade für diese in der Regel förderungsbedürftigen Jugendlichen wäre es eine wichtige Alternative, da sie ansonsten auf der Strecke bleiben. Des Weiteren verständigten sich die Partner in der Erklärung darauf, ihre jeweiligen Unterstützungsangebote wie Vermittlungs-, Beratungs- und Begleitangebote zu intensivieren, damit sich die Corona-Krise nicht zu einer Ausbildungskrise auswächst.

Weitergehende konkretere Maßnahmen wurden bislang nicht beschlossen. Allerdings wollen die Partner den weiteren Verlauf der Situation auf dem Ausbildungsmarkt genau beobachten, um gegebenenfalls Maßnahmen gezielt anzupassen oder neue Maßnahmen nach Bedarf zu erarbeiten. Sollten betriebliche Ausbildungsplätze wider Erwarten doch in einem stärkeren Maße wegbrechen, gilt es, diese über außerbetriebliche Angebote oder eine Ausbildungsgarantie aufzufangen. Denkbar wäre hier ein von der Bundesregierung aufgelegtes Sonderprogramm „außerbetriebliche Ausbildung“.

Attraktivität systemrelevanter Berufe muss deutlich gesteigert werden.

In der Corona-Krise ist auch Folgendes deutlich geworden: Die als systemrelevant bezeichneten Berufe im Gesundheits- und Dienstleistungsbereich, im Lebensmittelhandwerk, in der Ernährung und Hygiene, im Energie-, Wasser- und Entsorgungsbereich, in der Informationstechnik, der Telekommunikation, im Finanz- und Wirtschaftsbereich oder im Transport- und Verkehrsbereich haben sich als gesellschaftlich äußerst wichtige und notwendige Berufe herausgestellt. Es sind Berufe, die helfen und Strukturen erhalten.

Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung, auf Datenbasis des Mikrozensus von 2015, arbeiten bundesweit acht Millionen Menschen in solchen als systemrelevant und infrastrukturkritisch bezeichneten Berufen und Branchen. Die Konsequenz daraus muss sein, dass die Attraktivität dieser Berufe zum Teil deutlich gesteigert werden muss und sie die gesellschaftliche Anerkennung erhalten, die ihnen gebührt – und dies nicht nur in Krisenzeiten.

Ein Corona-Crash auf dem Ausbildungsmarkt muss verhindert werden, sonst droht sich die soziale Spaltung zu vertiefen, sagte Elke Hannack, die stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Roman Lutz ist Leiter der Abteilung Bildungs- und Wissenschaftspolitik.

IMPRESSUM |

Verleger: Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6-8, 66111 Saarbrücken; Kontakt: Telefon 0681 4005-430, E-Mail: redaktion@arbeitskammer.de; Herausgeber: Jörg Caspar, Thomas Otto; Redaktion: Peter Jacob (Chefredakteur), Simone Hien, Wulf Wein, Stefan Hank (Grafiken). – Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet die Redaktion überwiegend auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen. Alle Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beide Geschlechter.